DIE LINKE.
Bezirksverband Pankow

Heft 05/2022

# extraDrei

Zeitung für Pankow – Prenzlauer Berg – Weißensee

## Netzwerk der Wärme

Berlin ist mit einem Entlastungspaket gestartet. Als erstes Bundesland. Weil der Bund nicht genug tut, weil wir vor allem kleine und mittlere Einkommen unterstützen wollen, die angesichts der rasanten Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie das Zittern bekommen.

Berlin – bei aller Kritik am Behördenpingpong und Wahlchaos - hat eine Regierung aus SPD, GRÜNEN und LINKEN. In Pankow stellt DIE LINKE mit Sören Benn den Bezirksbürgermeister. Niemanden zurücklassen, für den sozialen Zusammenhalt der Stadt zu streiten, das ist das tägliche linke Programm.

Das 29-Euro-Ticket ist im Oktober gestartet. Bis Jahresende können die Berliner*innen viel günstiger fahren als früher. Das ist gut fürs Portemonnaie und fürs Klima. Aber das reicht noch nicht. Wir brauchen einen Schutzschirm für die Ärmsten in dieser Stadt. DIE LINKE hat vorgeschlagen, den Preis des Sozialtickets von derzeit 27,50 Euro auf neun Euro abzusenken. Nun hat der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) einer Absenkung zugestimmt. Gerade Haushalte mit geringem Einkommen trifft die Preisexplosion bei Lebensmitteln und Energiekosten am härtesten.

Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sollen in diesem Winter niemanden kündigen dürfen, der wegen der gestiegenen Energiekosten seine Miete nicht zahlen kann.

Zum sozialen Zusammenhalt gehört auch, dass wir Beratungsstellen und soziale Treffpunkte unterstützen. Egal, ob Verbraucherzentrale und Sozialberatungen, wo Sie sich zu Ihrer Energierechnung beraten lassen können, oder die Stadtteilzentren als Orte des nachbarschaftlichen Zusammenhalts - sie erhalten mehr Geld vom Land Berlin.

In Berlin haben wir das Stromnetz schon rekommunalisiert. Die Vergesellschaftung der Energieversorger wäre ein nächster, wichtiger Schritt, um Profitmaximierung zu stoppen.

Berlin baut ein Netzwerk der Wärme.

**Sandra Brunner**
Mitglied des Abgeordnetenhauses

### > Schule statt Ruinen

Schulruinen – genau das droht Pankow. Der Berliner Senat hat viele Maßnahmen der Schulbauoffensive geschoben, darunter dringliche Sanierungen wie die für das Gymnasium am Europasportpark.

Weiter auf Seite 3

### > Hitzesommer und Kältehilfe

Der Sommer war heiß. Mehr Trinkbrunnen und kühle Orte – dafür brauchen wir einen Hitzeschutzplan. Nun kommt der Winter, für obdachlose Menschen eine besonders harte Jahreszeit. Statt auf Vertreibung setzt Pankow auf Hilfe.

Weiter auf Seite 5

### > Sozialticket wird billiger

Für das Sozialticket ist endlich eine Preissenkung in Sicht. Das ist wichtig, um Menschen mit geringen Einkommen zu entlasten.

Weiter auf Seite 6

### › *Kunsthalle am Hamburger Platz*

Nördlich der Langhansstraße beabsichtigt die GESOBAU, ihre Bestandsgebäude zu verändern und neue Wohngebäude zu errichten. Der Kunsthochschule Weißensee wurde signalisiert, dass der Mietvertrag für die Kunsthalle am Hamburger Platz nicht dauerhaft verlängert wird. Die Linksfraktion hat daher das Bezirksamt aufgefordert, sich bei der GESOBAU dafür einzusetzen, dass die Kunsthalle als Ausstellungsmöglichkeit für die Kunsthochschule Weißensee erhalten bleibt. Die BVV hat den Antrag einstimmig beschlossen.

### › *Leerstandsmelder*

Das Zweckentfremdungsverbot schützt Wohnraum in Berlin vor Abriss, Umwandlung in Gewerberaum oder Ferienwohnungen und vor Leerstand. Die Website des Bezirksamtes informiert unter der Rubrik „Zweckentfremdung von Wohnraum“ aber nicht, wie man Leerstand melden kann. Die Linksfraktion unterstützt daher einen Antrag der SPD. Das Bezirksamt soll die Regelungen zur Zweckentfremdung von Wohnraum durch Leerstand leicht verständlich aufbereiten und leicht auffindbar, zusammen mit einer Anzeigenmaske, auf der Website veröffentlichen. Die BVV hat den Antrag gegen die Stimmen der AfD, der FDP und der CDU beschlossen.

**Einladung BVV-Sitzung**

am **16. November 2022**

**› 10. Tagung der BVV Pankow**

17:30 Uhr, im BVV-Saal,
Fröbelstraße 17
(Nähe S Prenzlauer Allee)



# Zuständigkeits-Dschungel

## Aus der 9. Tagung der BVV

Auch diesmal nutzten Einwohner*innen die Fragestunde in der Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), um vom Bezirksamt Antworten auf ihre Fragen zu erhalten. Zunächst ging es um die Roelckestraße im Weißenseer Langhans-Kiez. Anwohner*innen beklagen Lärm durch den motorisierten Verkehr sowie die mangelhafte Sicherheit für Radfahrende und Fußgänger*innen. Stadträtin Anders-Granitzki (CDU) verwies in ihrer Antwort auf die Zuständigkeit des Senats für diese Straße.

Viel befahren: Roelckestraße, Ecke Pistoriusstraße

Hingegen gab die LINKE-Schulstadträtin Dominique Krössin den Einwohner*innen Antworten, auch wenn sie nicht „zuständig“ ist. So konnte sie Fakten über die Pankower Grundschullehrkräfte liefern und auch den Anteil der Quereinsteiger*innen benennen (8,9 Prozent der Lehrkräfte).

Interessant war auch die Beantwortung einer Anfrage zum Umfeld der wiederentstehenden Heidekrautbahn. Stadträtin Rona Tietje (SPD) berichtete, dass für veränderte Wegeführungen immer noch Planungen und Abstimmungen laufen.

Das ärgerlichste Thema der aktuellen Berliner Politik ist aber für viele die Streichung von dringenden Schulbau- und Sanierungsmaßnahmen durch den Finanzsenator Wesener (B‘90/GRÜNE). So beschrieb Bezirksbürgermeister Sören Benn (DIE LINKE) ausführlich die Pankower Situation: Viele Schulen sind in einem Zustand, der den Betrieb gefährdet. Zudem müssten viele neue Schulplätze geschaffen werden, die nun auf Eis liegen. Benn berichtete von seinen erfolglosen Protesten gegen die Entscheidung des Senats. Die letzte Hoffnung ist, dass durch eine Öffnungsklausel in der Investitionsplanung Pankow doch noch Sanierungen erlaubt und die Sperrung von Schulgebäuden verhindert werden kann.

Anschließend behandelte die BVV zahlreiche Anträge. So ersuchten u.a. die Fraktionen von B‘90/GRÜNE und LINKEN das Bezirksamt, die biologische Vielfalt im Mauerpark stärker zu schützen. Hintergrund sind Planungen für eine zeitnahe Fällung von sieben gesunden Pappeln. Der als Ersatz versprochene „ökologisch wertvolle Dschungel“ ist in der aktuellen Planung nicht erkennbar. Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig beschlossen.

**Matthias Zarbock**

# Schule statt Ruinen

## Schulbauoffensive ausgebremst

Es ist fünf nach Zwölf! An allen Ecken und Enden fehlen Schulplätze. Hinzu kommt, dass einige Schulen echte Sanierungsfälle sind.

2016 hat der rot-rot-grüne Senat die Berliner Schulbauoffensive gestartet.

Grundschule am Planetarium

Gustav-Eiffel-Oberschule

Gymnasium am Europasportpark

Neue Schulen und Sporthallen wurden gebaut, weitere waren in Planung, Schulen und Sporthallen sollten saniert werden. Das ist auch bitter nötig. Pankow versorgt schon jetzt ca. 2.900 Oberschülerinnen und -schüler mehr, als der Bezirk Schulplätze hat. Diese Zahl entspricht einer großen Oberschule mit sieben Zügen. Und: Diese Zahl steigt. Deshalb müssen wir dringend in den Schulbau und die Sanierung von Schulen investieren.

Zum Schrecken aller hat der Senat jedoch dringend benötigte Investitionen für die Jahre 2022 bis 2026 zeitlich um bis zu fünf Jahre geschoben. Von 29 geplanten Schulbaumaßnahmen in Pankow sind nach den Streichungen des Senats nur zwei übrig – für die Grundschule am Planetarium im Thälmannpark und für die Gustav-Eiffel-Schule im Mühlenkiez im Prenzlauer Berg. Geschoben wurden dringend benötigte Sanierungen wie die Sanierung des Gymnasiums am Europasportpark, das in Nachbarschaft zum Velodrom liegt und seit 30 Jahren auf die Sanierung wartet. Dort fallen schon die Fenster aus dem Rahmen. Die Bilder von der Schulruine haben jetzt schon traurige Berühmtheit erlangt. Es droht die Teilsperrung des Schulgebäudes. Auch das Max-Delbrück-Gymnasium in Niederschönhausen und das Rosa-Luxemburg-Gymnasium im Kissingenviertel sind von den verschobenen Schulbaumaßnahmen betroffen.

Nur um das zu verdeutlichen: An den fünf vorgenannten Schulen hängen 688 neue Plätze und 3.170 Schulplätze, die durch Sanierung erhalten werden könnten. Hinzu kommt, dass keiner der 13 angemeldeten Schulneubauten für Pankow finanziell gesichert ist. Die vom Senat beschlossene Investitionsplanung verschärft die Versorgung mit Schulplätzen in Pankow dramatisch. Das können wir nicht hinnehmen. Die dringend notwendigen Sanierungen müssen stattfinden. Damit nicht noch mehr Schulplätze verloren gehen. Zu Recht regen sich Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie das Lehrpersonal auf. Sie haben einen Anspruch auf gute Lehr- und Lernbedingungen.

Bereits für dieses Schuljahr 2022/23 hat sich gezeigt, dass Pankow - genauso wie andere Bezirke - viel zu wenig Oberschulplätze hat. Das führt zu vollen Klassen. Schülerinnen und Schüler müssen lange Schulwege in andere Bezirke in Kauf nehmen und die Qualität des Unterrichtes leidet auch. Um alle Schülerinnen und Schüler mit einem Oberschulplatz versorgen zu können, braucht es im neuen Schuljahr mindestens eine weitere Oberschule in Berlin. Hier ist der Senat in der Pflicht.

Darüber hinaus braucht Berlin auch eine Raumoffensive. Leerstehende Landes- und Bundesimmobilien müssen angemietet werden und Unterricht muss auch außerhalb des Schulgebäudes möglich sein. Hiermit sind vor allem Bibliotheken, Musikschulen, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie andere Einrichtungen der sozialen Infrastruktur in der Nähe von Schulen gemeint.

**Paul Schlüter**
Bezirksverordneter

# Jump in the park

## Bürgerpark mit neuem Skatepark

Spendenübergabe mit dem Bundestagsabgeordneten Pascal Meiser und der Bezirksverordneten Maria Bigos

10 Jahre dauerte die Erneuerung des beliebten Skateparks im Bürgerpark Pankow. Die ursprüngliche Anlage wurde 1994 errichtet und intensiv genutzt. Mit der Zeit wurde sie durch unebenen Bodenbelag sowie verschlissene und beschädigte Elemente ein Sicherheitsrisiko. Insgesamt flossen 480.000 Euro in die Neugestaltung. Bei der Wiedereröffnung im September starteten zahlreiche Jugendliche in drei Altersgruppen in den wieder aufgelegten Wettkampf „Jump in the Park“. Organisiert wurde der Wettkampf von der mobilen Jugendarbeit Outreach, die sich gemeinsam mit den Pankower Jugendlichen für eine Modernisierung der Anlage eingesetzt hat. Die Linksfraktion unterstützte das Projekt bis zum Schluss. Der Bundestagsabgeordnete Pascal Meiser bezuschusste die Einweihungsfeier mit einer Geldspende von 150 Euro.

„Die Sanierung der maroden Skate-Anlage war längst überfällig. Sie ist auch ein gelungenes Beispiel dafür, wie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Maßnahmen, die sie betreffen, funktionieren kann,“ kommentierte die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion Pankow, Maria Bigos. Die Linksfraktion unterstützt ausdrücklich die Umsetzung und Weiterentwicklung von Beteiligungsformaten von Kindern und Jugendlichen. Im Konkreten bedeutet das für Maria Bigos: „Als LINKE ist für uns entscheidend, dass Kinder und Jugendliche ihre Interessen selbst vertreten können. Die konkrete Planung und Umsetzung brauchen wiederum die Perspektive der Zielgruppe. Die Beteiligung bei der Gestaltung von Jugendorten wie dem Skatepark bietet also nicht nur eine wichtige, strukturelle Anbindung an politische Entscheidungsprozesse. Sie würde ohne sie ins Leere laufen.“

**Die Redaktion**

## + + Kurz aus dem Kiez + + + Kurz aus dem Kiez + + + Kurz aus dem Kiez + +

### > *Maputo und Pankow werden Freunde*

Pankows Bürgermeister Sören Benn (DIE LINKE) und der Bürgermeister des Bezirks KaTembe von Maputo, Dr. Celso Simao Fulano, haben vereinbart, die Freundschaft und die Verständigung zwischen den Bewohner*innen beider Bezirke zu stärken. Dafür soll eine Städtepartnerschaft begründet werden. Seit 2019 bestehen erste Kontakte zu dem Distrikt der mosambikanischen Hauptstadt. Nun kam es zu einem ersten persönlichen Besuch. Viva a amizade!

### > *Gleimstraße fürs Fahrrad*

Die Gleimstraße soll endlich Fahrradstraße werden. Das fordern SPD- und Linksfraktion in einem Antrag. Gemeinsam sollen die Bezirksämter Mitte und Pankow bei der Senatsverwaltung für Mobilität die Entlassung der Gleimstraße aus dem Hauptstraßennetz beantragen. Über die Stargarder, Gleim-, Rügener Straße, Gustav-Meyer-Allee und Liesenstraße bis zur Invalidenstraße ist dies eine sichere Fahrradstrecke bis zum Hauptbahnhof. Der Antrag wurde auf Initiative der Grünen-Fraktion leider zunächst in den Mobilitätsausschuss überwiesen.

# Die Hitze ist politisch

Die kommenden Jahrzehnte werden von weiter steigenden Temperaturen, Dürren und Waldbränden geprägt sein. Besonders Städte sind durch den „Hitzeinseleffekt“ betroffen. Dort, wo besonders viele Flächen durch Asphalt und Beton versiegelt sind, wird Wärme aufgenommen und gespeichert. Auch in unserem Bezirk merken wir das. Im hochverdichteten Prenzlauer Berg ist es im Sommer viel heißer als beispielsweise in der Kleingartenanlage in Heinersdorf.

Jetzt gilt es, kommende Hitzeperioden vorzubereiten. Dafür soll der Bezirk einen Hitzeschutzplan auflegen. Denn es ist unsere Aufgabe, Menschen vor Kreislaufzusammenbrüchen und hitzebedingten Belastungen zu schützen.

Um Dehydration vorzubeugen, braucht es mehr fest installierte und mobile Trinkbrunnen. Besonders hitzebelastete Orte müssen identifiziert werden. Betroffene Bürgerinnen und Bürger, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Kitas und Schulen müssen rechtzeitig gewarnt und über Schutzmaßnahmen informiert werden. Dazu gehört die Warnung vor besonders hitzebelasteten Orten. Abkühlstationen müssen in der Nähe angeboten werden. Solche Abkühlungsorte müssen wortortnah und barrierefrei sein, damit sie vor allem für vulnerable Gruppen schnell erreichbar sind. Besonders obdachlose Menschen brauchen Wasser, Sonnencreme und Elektrolytlösung.

Wir brauchen mehr Bäume sowie Dach- und Fassadenbepflanzungen. Denn Schatten und Verdunstungswasser kühlen Luft, Straßen und Häuser. Gerade Parks, die der Stadt als Kaltluftgebiete dienen, müssen gepflegt und gesund sein. Auch die Flächenentsiegelung ist ein wichtiges Thema. Damit Wasser auch wieder versickern kann und Beton die Stadt nicht weiter aufheizt. Der Zugang zu Wasser darf nicht nur wenigen vorbehalten bleiben. Es braucht mehr öffentliche Schwimmbäder und Badestellen.

Investitionen in eine lebenswerte Stadt und den Schutz von vulnerablen Gruppen dürfen wir nicht dem Markt überlassen. Auch wer sich keine Klimaanlage leisten kann, darf nicht im Stich gelassen werden.

**Maximilian Schirmer**
Bezirksverordneter

# Obdachlosigkeit, nicht Obdachlose bekämpfen

Die Kälteperiode steht Pankow bevor. Für obdachlose Menschen ist dies ein besonders harte Zeit. Einige Bezirke vertreiben obdachlose Menschen immer wieder von ihren Schlafplätzen.
Räumungen und repressives Vorgehen lösen allerdings keine Probleme. Vielmehr werden auf diese Weise obdachlose Menschen nur an andere Orte verdrängt.

Obdachlose Menschen am U-Bahnhof Eberswalder Straße

Genau das greift ein Antrag der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) auf. Das Bezirksamt soll einen Leitfaden zum Erstkontakt und Umgang mit obdachlosen Menschen entwickeln. Der Leitfaden soll allen Dienstkräften zur Verfügung gestellt werden, die in Kontakt mit obdachlosen Menschen kommen. Die Einhaltung des Leitfadens soll regelmäßig überprüft und der Leitfaden weiterentwickeln werden. Wichtig ist aus Sicht der Linksfraktion die Einbeziehung der KARUNA Taskforce. In der Taskforce arbeiten Obdachlosen-Lotsinnen und -lotsen im direkten Kontakt mit Menschen, die auf der Straße leben. KARUNA hat auch eine Hilfe-Hotline, die man anrufen kann.

Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, Obdachlosigkeit in Berlin bis 2030 zu überwinden. „Pankow muss alles tun, was möglich ist, um dieses Ziel zu erreichen. Obdachlosigkeit kann nur durch beherztes Vorgehen beendet werden. Empathie sollte dabei oberstes Leitmotiv sein“, erklärte Maximilian Schirmer, sozialpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Der Antrag wurde nun im Ausschuss für Soziales beraten.

**Die Redaktion**

## > Energiearmut bekämpfen, Menschen entlasten

Steigende Energiekosten, teure Lebensmittel – dies trifft Menschen mit geringen Einkommen besonders hart. Um die drohende Armutsspirale zu stoppen, muss die Bundesregierung noch viel mehr tun. Auf Landesebene versucht DIE LINKE in Berlin alles, um Menschen mit geringen Einkommen zu entlasten und Energiearmut zu verhindern. Schon bei der Aufstellung des Berliner Landeshaushaltes sind für Energiekostensteigerungen zunächst 380 Millionen eingeplant worden.

Damit legt Berlin unter anderem einen Härtefallfonds gegen Energiearmut auf. Wer in finanzieller Not ist, seine Miete oder Energiekosten nicht bezahlen kann, soll Hilfe aus dem Fonds erhalten. Niemand soll im Dunkeln oder Kalten sitzen. Zudem sollen die erheblichen Mehrkosten im öffentlichen und privaten Bereich abgefedert werden. Das betrifft Bibliotheken und Wohnungslosentagesstätten genauso wie Schulen und viele andere Einrichtungen.

Nunmehr wird der Betrag von 380 Millionen deutlich aufgestockt. Rot-Grün-Rot in Berlin hat sich verständigt, zwischen 800 Millionen bis 1,5 Milliarden Euro zusätzlich in die Hand zu nehmen. Dafür ist ein Nachtragshaushalt notwendig. Das Geld soll vor allem für weitere gezielte Entlastungen für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen auf Landesebene eingesetzt werden. Damit wollen wir Lücken schließen, die die Bundesregierung offenlässt.

**Die Redaktion**

## > Sozialticket wird billiger

Im Sommer sind wir alle für 9 Euro gefahren. Das war super. Menschen, die Leistungen vom Jobcenter beziehen, konnten seit Jahren endlich mal wieder wegfahren. Ostsee oder rein nach Brandenburg – endlich war Mobilität erschwinglich.

Die Berliner LINKE war immer für eine sozial gestaffelte Anschlusslösung an das 9 Euro-Ticket: ein 365 Euro-Ticket im Jahr für viele sowie ein 9 Euro-Ticket im Monat für Menschen mit geringem Einkommen. Zu letzteren gehören Menschen, die den Berlinpass bekommen. Das heißt, Sozialhilfe, Hartz IV, Wohngeld oder Asylbewerberleistungen erhalten. Diese Menschen können das Sozialticket nutzen, das bislang 27,50 Euro kostet

Zunächst hatte der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) – mit viel Zähneknirschen – einem monatlichen Ticket von 29 Euro zugestimmt. Damit können die Berliner*innen zwischen Oktober bis Dezember kostengünstiger als bisher fahren. Aber beim Sozialticket bewegte sich erst mal nichts.

Ende September war es nun endlich so weit. Der VBB hatte den Berliner Plänen zugestimmt, den Preis des Sozialtickets zu senken. Die Preissenkung kommt hoffentlich zum 1. Januar 2023. Wie hoch der Preis ausfallen wird – ob 9 Euro oder 19 Euro, ist noch offen. Aber trotzdem ist das ein wichtiger Schritt, um die entstandene sozialpolitische Schieflage zu korrigieren. Menschen, die am wenigsten Geld haben, brauchen spürbare Entlastung.

**Die Redaktion**

## > Wahlen reloaded

Zugegeben, das war eine ganz schöne Überraschung. Der Verfassungsgerichtshof in Berlin hat deutlich durchblicken lassen, dass die Wahlen in Berlin für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) wiederholt werden müssen.

Die Verhandlung des obersten Berliner Gerichts glich einer Anklage: Zu wenig Stimmzettel, falsche Stimmzettel, die Wahldauer bei fünf Stimmzetteln sei viel zu kurz bemessen gewesen. Es habe zeitweise Schließungen von Wahllokalen und lange Warteschlangen gegeben. Nach 18 Uhr seien fast die Hälfte der Berliner Wahllokale noch geöffnet gewesen. Pankow habe Wahllokale so geplant, dass nur ca. 40 Prozent der Wählenden ihre Stimme hätten abgeben können. Man könne aber nicht nur auf Briefwahl setzen, es gelte der Grundsatz der Präsenzwahl. Dies alles seien schwerwiegende Wahlfehler, so dass man „Zurück auf Start“ gehen müsse.

Nun gilt es, die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs abzuwarten. Gleichwohl dürfte es ziemlich sicher sein, dass wir voraussichtlich am 12. Februar 2023 wählen gehen dürfen. Trotzdem: Für Berlin müssen wir im Abgeordnetenhaus noch einiges tun. Dazu gehört der Nachtragshaushalt. Hierin sind wichtige Entlastungen für die Berliner*innen, kleine und mittlere Unternehmen sowie für soziale Einrichtungen drin. Die müssen kommen. Wiederholungswahl hin oder her. Denn wir wollen niemanden zurücklassen.

**Sandra Brunner**
Vorsitzende DIE LINKE. Pankow

DIE LINKE. hilft!

## Sozial- und Mietenberatung

**Do 3. November und Do 17. November, 16-17.30 Uhr**
kostenfreie Erstberatung mit Rechtsanwalt Kay Füßlein
im Wahlkreisbüro von Katrin Seidel, Wisbyer Straße 37
Termine: wahlkreisbuerolinke@posteo.de

## EINSTEIGERKURS
## Smartphone für Senior*innen

**jeden 1. Montag im Monat ab 14 Uhr**
**Geschäftsstelle Wisbyer Straße 37**
**13189 Berlin**

**Anmeldung erforderlich:**
bis eine Woche vor Kurstermin
mit E-Mailadresse oder Telefonnummer
an t.pfaff@linksfraktion-pankow.de
oder info@die-linke-pankow.de

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

**27. Oktober • 15 Uhr Diskussion / Vortrag „Housing First? Wohnungslose Frauen – ein unsichtbares Leben“**, Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 9 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

**• 19 Uhr Treffen der BO „Fresher Wind am White Lake“**, Junge LINKE-Mitglieder laden zur Diskussionsrunde, Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Pistoriusstr. 24

**2. November • 19 Uhr „Chile nach dem Referendum- Vorbild neuer sozialer und ökologischer Bewegungen?“**, Diskussion mit drei chilenischen Aktivist*innen, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Straße der Pariser Kommune 8a (Nähe Ostbhf.)

**9. November • 18 Uhr LINKER Austausch in Prenzlauer Berg**, Offenes Treffen der Mitglieder in den vier Ortsverbänden Prenzlauer Berg, Linke Spitze, Wisbyer Straße 37

**17. November • 19 Uhr Mitgliederstammtisch**, Kommt vorbei beim lockeren Mitgliedertreff, Linke Spitze, Wisbyer Straße 37

**21. November • 17:30 Uhr Basistag DIE LINKE. Pankow**, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28 (Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz)

**24. November • 15 Uhr Diskussion / Vortrag „„Die DDR nach der DDR“. Ostdeutsches Leben aus französischer Sicht“**, Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 9 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

**• 19 Uhr Neumitgliedertreffen der LINKEN in Pankow**, Linke Spitze, Wisbyer Straße 37

**10. Dezember • 10 Uhr Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Nord-Ost**, Linke Spitze, Wisbyer Straße 37

**14. Dezember • 17:30 Uhr 11. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow**, Bezirksamt, Fröbelstraße 17 (Nähe S Prenzlauer Allee)

## SPRECHSTUNDE
**mit Katrin Seidel**

**Di 1. November 2022, 12-13 Uhr**
regelmäßig am 1. Di im Monat
Wahlkreisbüro Wisbyer Straße 37
seidel@linksfraktion.berlin

**DIE LINKE.**
**Bezirksverband Pankow**

**Linke Spitze**
Wisbyer Straße 37, 13189 Berlin
(Tram M2, M13, 12 oder
Bus 156, 158)

Telefon 030 4401 7780
info@die-linke-pankow.de

## Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt
**Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109**
Tel: 030 42 02 08 73
Fax: 030 42 02 08 74
kontakt@linksfraktion-pankow.de

**Impressum**
Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Fennstraße 2, 13347 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Sebastian Koch

Redaktionsschluß: 6. Oktober 2022
Satz+Druck: Druckerei Gottschalk, Berlin
Auflage: 2.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint im Januar 2023.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Ben Gross, DIE LINKE. Berlin, Linksfraktion Berlin, Linksfraktion Pankow, Sandra Brunner

Die **extraDrei** braucht Spenden!
Empfänger: DIE LINKE. LV Berlin
IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03
BIC: DEUTDEDB110
Bank: Berliner Bank
Verwendungszweck: 505 - 810

**Streiflicht**

# Ohne Scham und ohne Chuzpe

Auf einem riesigen Plakat in Mitte postulierte vor einigen Wochen ein Tech-Unternehmen ein Zitat des früheren britischen Premiers Arthur Chamberlain: „Im Krieg gibt es keine Gewinner, sondern alle sind Verlierer.“ So berühmt sein Verfasser – so falsch die Aussage.

Denn natürlich gibt es sie, die Kriegsgewinnler. In unserer Gegenwart eines Krieges von Russland gegen die Ukraine stopfen sich insbesondere Energiekonzerne und Banken die Taschen voll. Ohne Scham und ohne Chuzpe. Laut einer aktuellen Expertise der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) haben allein die sechs größten Mineralölkonzerne 60 Milliarden US-Dollar mehr Gewinn im ersten Halbjahr 2022 gemacht als im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor. Auf der anderen Seite steht die staatliche Rettung von Aktiengesellschaften wie Uniper, deren Geschäftsmodell der Spekulation im Gashandel schon vor dem Krieg gescheitert war.

Der Weg aus dem doppelten Dilemma, den die Expertise aufzeigt, ist plausibel. Auf die überdurchschnittlichen Gewinne der Kriegsgewinnler würde vom Staat eine Sondersteuer (Übergewinnsteuer) erhoben werden, um mit diesem Geld dann sowohl unter Druck geratene energieverbrauchende Menschen wie eben auch Unternehmen zu unterstützen. Einige europäische Länder haben bereits diese Steuer eingeführt. Laut der RLS-Expertise könnten so in Deutschland bis zu 102 Milliarden Euro im Jahr allein im Energiesektor eingenommen werden.

Doch was macht diese Ampelregierung? Wollte sie zunächst die exorbitanten, nur durch Spekulation getriebenen Gewinne nahezu unangetastet lassen, versucht sie sich in einem fragwürdigen, kreditfinanzierten Gaspreisdeckel für 200 Milliarden Euro. Die Kredite bezahlen dann die Steuerzahler*innen ab, bei Erhalt von Lindners Schuldenbremse. Unsozialer geht’s nicht und am Energiemarkt dürften die Sektkorken knallen.

HaSe

★ leicht ★ **SUDOKU – Vitamine für’s Gehirn** ★ schwer ★

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 6 | | | | 8 | 1 | | | |
| | | | | 9 | 5 | 4 | 2 | |
| 5 | 9 | | | 6 | | 7 | | |
| 1 | 4 | | | | | | | 8 |
| | | | | 2 | 7 | | | 3 |
| | | | | | | 9 | 4 | 7 |
| 4 | | | 5 | | | 1 | 3 | 9 |
| | 6 | 3 | | | | | | |
| 7 | | 5 | 9 | | | | | |

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 9 | | 8 | | | | | |
| 2 | 5 | | 1 | | | 3 | | 7 |
| | | | 2 | | | 9 | 5 | |
| | 2 | 6 | | 3 | | | | |
| | | | | | | 5 | 7 | |
| | | | | 9 | | 1 | | 2 |
| | 1 | | | | 2 | | | 5 |
| 4 | | 7 | | | | | 1 | 6 |
| | | | | | 4 | | | |

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.